

Gegen Sozial- und Bildungsabbau



KPO
www.kpoe.at

Lebenslang arbeiten um jeden Preis? Wiedereinführung der 42 Stunden Woche? Ungeschützte Arbeitsverhältnisse für alle? Privatisierung der öffentlichen Bildung? Selbstbehalte für Gesundheitsleistungen? Krankensteuer? Armut durch Arbeitslosigkeit? Ausverkauf öffentlichen Eigentums? Wohnen, Wasser, Energie, Straßen, Wälder als Spekulationsobjekte? Pensionshöhen abhängig von Börsenkursen? Geschlecht als Sozialfalle? Ausgrenzung durch Herkunft?

Viele Fragen und eine Antwort: Das muss so nicht sein. Eine andere Welt ist möglich! Der gegenwärtige Gesellschaftszustand bringt immer häufiger Menschen in Not und lässt deutlich die Widersprüche des neoliberalen Kapitalismus erkennen. Dieses Systems ist nicht in der Lage, die anstehenden Probleme zu lösen.

Nichts bleibt, wie es ist

Die zivilgesellschaftlichen Aktionen, der gewerkschaftliche Kampf im letzten Jahr gegen die Pensions-Senkungsreform und der Widerstand an den Universitäten haben eindrucksvoll gezeigt: Der neoliberale Umbau der Gesellschaft, den die rechtsgerichtete Regierung in Österreich anstrebt, wird nicht passiv zur Kenntnis genommen. Immer mehr Menschen entschlüsseln den Inhalt der von ÖVP und FPÖ geschnürten „Maßnahmenpakete“ als Generalangriff auf erkämpfte soziale Rechte.

Der Staat möchte sich seiner sozialen Elemente und Errungenschaften weitestgehend entledigen. Menschen bleiben dabei auf der Strecke. Damit liegt Österreich im EU- und weltweiten Trend

des kapitalistischen Gesellschaftssystems, das seine Entscheidungen allein nach marktwirtschaftlichen und profitträchtigen Kriterien fällt.

Das österreichische Bildungs- und Sozialsystem mit all seinen bisherigen Schwächen und Tücken ist im besten Sinne reformierbar und ausbaubar. Es wäre auch, so wie bisher, finanzierbar. Denn obwohl die Produktivität in den letzten 15 Jahren enorm gestiegen ist, konzentriert sich der Reichtum in immer weniger Händen. Um eine gerechte Verteilung dieses Reichtums von oben nach unten zu erreichen, muss grundlegend anders verteilt und eine Wertschöpfungsabgabe – wie sie bereits seinerzeit Sozialminister Dallinger eingeführt hatte – eingeführt und Gewinne aus Finanzspekulationen besteuert werden. Die Zahl jener Menschen, die es sich nicht mehr gefallen lassen, dass ihr Lebensstandard ständig sinkt, dass ihre Existenz bedroht und ihre soziale Absicherung demontiert wird, wächst. Der Kampf ist ein legitimes Mittel, Erreichtes zu sichern. Und ein Lernprozess, in dem Solidarität, Ausdauer und Ansprüche entwickelt werden. In diesem Kampf wird die ÖGB-Führung letztlich erkennen müssen, dass es nicht darum gehen kann, eine Terminverschiebung für die eklatanten Verschlechterungen oder die altgewohnte Sozialpartnerschaft herbeizudemonstrieren, sondern tiefgreifende Alternativen zum neoliberalen Umbau der Gesellschaft zu erkämpfen.

Solidarisch für eine gesicherte Existenz

Die Maßnahmen und Vorstöße der Regierung – z. B. Verschlechterung der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung oder Plünderung der AMS-Kassen zur Budgetsanierung – zeigen, dass auch in diesem Bereich der Raubzug zu Lasten der Versicherten weitergeht. Klar ist, dass eine offensive staatliche Beschäftigungspolitik mit Schwerpunktinvestitionen in den Wohnbau, die Infrastruktur, in Energieeinsparungen bzw. Rückgewinnung, in den Umweltschutz und in das Bildungs- und Gesundheitswesen notwendig wären, statt Kürzung öffentlicher Leistungen. Gleichfalls wären der Ausbau und die Unterstützung der experimentellen und projektgebundenen Arbeitsmarktpolitik durch das AMS angesagt, sowie die Einführung einer Grundsicherung bei Arbeitslosengeld und Notstandshilfe. Die von der Regierung geplante Umwandlung der Notstandshilfe in Sozialhilfe macht die Betroffenen zu BittstellerInnen und deren Angehörige wären (wie jetzt in den meisten Bundesländern bei der Sozialhilfe) regresspflichtig und die Kommunen würden vor riesigen finanziellen Problemen stehen.

Zu überdenken wäre angesichts steigender Erwerbsarbeitslosigkeit auch die Effizienz der sozialen Sicherungssysteme. Immer mehr Menschen fallen aus dem Raster der an Erwerbsarbeit gekoppelten Sozialversicherung, sei es durch prekäre, flexible Arbeitsverhältnisse oder durch das gerade für Frauen wieder hochgelobte Ehrenamt der Kinder-, Kranken- oder Altenbetreuung. Existenznot nach Auslaufen von Arbeitslosenunterstützung oder Armut trotz Arbeit nehmen zu. Wir plädieren daher für einen Weg, der auf den Grundlagen der Sozialversicherung in Selbstverwaltung aufbaut und durch eine Mindestsicherung ergänzt wird, unter die niemand fallen darf. Eine Grundsicherung muss durch deutlich verbesserte, bundesgesetzlich geregelte, staatliche Transferleistungen in Ergänzung zu einem reformierten Sozialversicherungssystem garantieren, dass niemand in einem der reichsten Länder der Erde in Not leben muss. Dieses Sozialsystem muss für jeden in Österreich lebenden Menschen gelten. Das Recht auf Arbeit, Bildung und soziale Sicherheit muss für alle Menschen unabhängig von der Staatsbürgerschaft gewährleistet werden. Soziale und politische Rechte sind nicht mehr an die

StaatsbürgerInnenschaft, sondern an die EinwohnerInnenschaft zu binden. Kein Mensch ist illegal.

Nein zu Privatisierungen und Ausverkauf! Stoppt GATS!

Statt die genannten Defizite offensiv anzugehen, entledigt sich der Staat seiner sozialen Verpflichtungen. Er verscherbelt seine Betriebe und kommunalen Infrastrukturbereiche an private Unternehmen.

Bildungseinrichtungen werden in die "Autonomie" entlassen, was so viel heißt wie: weniger staatliche Förderung, Stellenabbau, Sponsoring, Studiengebühren. Auch auf dem Energiesektor, im Telekommunikationsbereich, bei den Gesundheitsbetrieben oder im öffentlichen Transport- und Verkehrswesen lautet das Zauberwort Liberalisierung. Dienstleistungen werden outgesourct oder es werden Luftgeschäfte mit Cross Border-Leasing getätigt. Damit überlassen Städte ihre Wasserwerke, Abwasserkanäle, Schulen, Universitäten, Schienennetze, Rathäuser usw. US-Trusts, die damit ihre Steuerpflicht in den USA umgehen. In Österreich fielen bereits an die 40 Institutionen - wie erst kürzlich das Wiener Kanalnetz - dem klassischen Scheingeschäft Cross Border-Leasing zum Opfer. Mit GATS, dem Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, das Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Leistungen vorschreibt, wird den privaten Kapitalanlegern Tür und Tor geöffnet. Es ist ein großer Markt, der große Profite verspricht: Kranken- und Pensionsversicherung, Bildungssystem, Gesundheitseinrichtungen, öffentlicher Verkehr, Wohnbau, Umweltdienste wie Stadtanierung, Landschaftsschutz, Mülltrennung, kulturelle Angebote, Energieversorgung, Post, Wasser, Museen – sollte sich die Lobby der internationalen Konzerne in der WTO hier durchsetzen, würden all diese Dienstleistungen künftig privat angeboten und verkauft. Und zwar profitorientiert.

Die soziale Grundversorgung darf aber nicht weltweit zu einem Geschäftszweig der größten Konzerne werden! Mit der Einschränkung von öffentlichen Leistungen werden viele Aufgaben wie Krankenpflege, Kinder- oder Altenbetreuung in den Familienbereich abgeschoben bzw. an (Haus-) Frauen delegiert. Das kommt den Staat billiger und entlastet die Arbeitslosenstatistik. Über 80 Prozent der erwerbstätigen Frauen arbeiten in der EU im Dienstleistungsbereich. Diese Frauen werden die ersten sein, die dem erhöhten Wettbewerb durch Liberalisierung zum Opfer fallen. Denn die privaten Unternehmen werden ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Kostenreduktion bei den Löhnen und Gehältern zu steigern versuchen und jene in den „freien Arbeitsmarkt“ entlassen, die aufmucken.

- * **Wertschöpfungsabgabe jetzt.**
- * **Pensionsantrittsalter 55/60 Jahre.**
- * **Arbeitszeitverkürzung auf 30 h/Woche - bei vollem Lohn.**
- * **Grundsicherung für alle.**
- * **Sicherung des Berufs- und Qualifikationsschutzes.**
- * **Gegen die Abschaffung der Notstandshilfe.**
- * **WohnbürgerInnenschaft mit allen Rechten der StaatsbürgerInnenschaft.**